

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Frau Dr. Vollmer und der Fraktion DIE GRÜNEN

Benutzung von Plastikgeschirr bei Kulturveranstaltungen der Bundesregierung

Bei der Eröffnung der Ausstellung „Material und Form“ im Bundeskanzleramt am 22. Februar 1989 unter der Schirmherrschaft von Bundeskanzler Kohl wies dieser in seinem Geleitwort (abgedruckt im Katalog zu dieser Ausstellung) auf die besondere kulturelle Bedeutung dieser Ausstellung hin, besonders im Hinblick auf:

- „Material und Form beeindruckt durch die Vielfalt der verarbeiteten Materialien.“
- „Wenn wir heute . . . die Gefahr eines Diktats des Funktionellen in der industriellen Massenanfertigung beklagen, dann zeigt gerade diese Ausstellung manchen Ausweg.“
- „In einer Zeit, in der Kunst von Computern hergestellt werden kann, ist dies ein mahrender Hinweis auf die Bedeutung der manuellen Bildung.“

Bezugnehmend auf die Probleme der kulturellen Bildung einerseits und der Abfallbeseitigung andererseits fragen wir die Bundesregierung:

1. Ist das am 22. Februar 1989 bei der Eröffnung der Ausstellung „Material und Form“ für das anschließende Büffet verwendete Plastikgeschirr ein kultureller Beitrag zur Thematik der Ausstellung?
2. Wurde Umweltminister Töpfer über die Umweltverträglichkeit dieses Produktes informiert?
Welche chemischen Substanzen enthält dieses?
3. Ist dieses Geschirr auch bei anderen kulturellen Veranstaltungen der Bundesregierung im Einsatz?
 - Wenn ja, bei welchen?
 - Wenn nein, warum nicht?
4. In welcher Form sieht die Bundesregierung die Abfallbeseitigung und Entsorgung von Plastikgeschirr in dieser Größenordnung gewährleistet?

5. Wurde diesbezüglich auch die Verwendung von Porzellangeschirr bzw. von Geschirrspülmaschinen unter kulturellen wie unter umweltpolitischen Gesichtspunkten geprüft?
- Wenn ja, mit welchem Ergebnis?
 - Wenn nein, warum nicht?
6. Ist nach Meinung der Bundesregierung die Verwendung speziell dieses Plastikgeschirrs, das auch bei Fast-Food-Ketten verwendet wird, ein offizieller Beitrag zur Ernährungskultur?

Bonn, den 30. März 1989

Dr. Lippelt (Hannover), Frau Oesterle-Schwerin, Frau Dr. Vollmer und Fraktion